

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 85 (2014)
Heft: 5: Behindertenrechte : Konsequenzen aus der Uno-Behindertenrechtskonvention

Artikel: Altersheime allein genügen nicht - es braucht neue Wohn- und Gesellschaftskonzepte : "Das Soziale muss vor Ort geschehen - in den Dörfern, in den Quartieren"

Autor: Ganzfried, Daniel / Klie, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-804049>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Altersheime allein genügen nicht – es braucht neue Wohn- und Gesellschaftskonzepte

«Das Soziale muss vor Ort geschehen – in den Dörfern, in den Quartieren»

«Sorgende Gemeinschaften» schweben dem deutschen Sozialwissenschaftler und Altersforscher Thomas Klie* für die Zukunft vor. Darin spielen Altersheime weiterhin eine Rolle, sagt er. Ebenso wichtig seien aber Alternativen: Gastfamilien, Wohngruppen, Wohngemeinschaften.

Interview: Daniel Ganzfried

Herr Klie, erlauben Sie eine Analogie: Wenn die aktuelle Alterspflege ein Auto wäre, was für ein Typ wäre das?

Thomas Klie: Sagen wir mal so: Es wäre ein Auslaufmodell. Es würde die nächste Motorfahrzeugkontrolle noch überstehen, den künftig geltenden Nachhaltigkeitskriterien aber nicht mehr gerecht werden.



* **Thomas Klie** ist Sozial- und Rechtswissenschaftler und lehrt als Professor für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft an der Evangelischen Hochschule Freiburg im Breisgau. Seit Anfang der Achtzigerjahre publiziert er zu praxis- und politikrelevanten Fragen

der Pflege. Er gehört zu den führenden Sozialexperten im deutschsprachigen Raum. In seinem letzten Buch «Die neue Architektur der Pflege, Bausteine innovativer Wohnmodelle» stellt er zusammen mit Wolfgang Frey und Judith Köhler vier Modellprojekte für pflegebedürftige Menschen vor: den Bürgerverein, der die Pflege im Dorf organisiert, ein Mehrgenerationenhaus, Demenz-WGs und ein Pflegeheim, das Tiertherapie bei Demenz einsetzt.

Bei Ihren Recherchen kommen die grossen Pflege- und Altersheime in Deutschland nicht gut weg. Zu gross sei das Interesse von gewinnorientierten Investoren. Das bedeute vor allem Spardruck. Das fange schon bei den Mahlzeiten für die Bewohner an. Sie haben sich auch eingehend mit der Schweiz beschäftigt und sind immer wieder für Vorträge und Lehrtätigkeiten hier. So letztes Jahr am Curaviva-Kongress, oder Ende Mai am ersten Kongress für Kulturwissenschaftliche Altersforschung an der Universität Zürich. Sehen Sie bei uns ähnliche Tendenzen?

In der Schweiz sind die Altersheime zwar meist noch an eine Sozial- und Alterspolitik in der Gemeinde gebunden, aber auch hier greift in der Pflege und im Gesundheitswesen das ökonomistische Denken um sich. Das heisst, der Wettbewerb wird gerne als eine Lösung gesehen. Aber ich sage: Wettbewerb um die besseren Konzepte: Gern! Um bessere Renditen: Nein! Wir brauchen einen gut regulierten und in die Gemeindepolitik eingebundenen «Markt» in der Alterspflege. Die Schweiz soll bei der Pflege bitte nicht dem deutschen Modell einer radikalen Marköffnung folgen. Wir brauchen auch in der Zukunft kollektive Versorgungsformen in der Pflege und fürs Wohnen im hohen Alter. Die Familie kann und soll nicht alles leisten. Die Zunahme von Einpersonenhaushalten lässt auch die klassische Spitexversorgung an Grenzen kommen. Aber wir brauchen Alternativen zu Heimen. Dazu zähle ich etwa Wohngruppen, Gastfamilien oder Wohngemeinschaften. Und wir brauchen Heime, die sich als Teil des Gemeinwesens verstehen und als Kompetenzzentren im Quartier und in der Gemeinde auftreten. Sie sollen die Teilhabe der Bewohner ermöglichen und nicht vorrangig betriebswirtschaftlichen Renditeerwartungen verpflichtet sein. Ich brandmarke die gnadenlose Ökonomisierung der Pflege. Sie degradiert den existenziell auf Unterstützung angewiesenen Menschen zu einem Objekt, zu einem renditeträchtigen Kunden, dessen Versorgung sich weiter «optimieren» lässt. Das ist kulturell und anthropologisch verheerend.

Sie zitieren in Ihrem Buch öfter das Erfolgsmodell im deutschen Mönchengladbach mit seinen Hausgemeinschaften und Wohngruppen. Auch in der Schweiz entdeckt die Altenpflege den sozialen Raum als Rahmen ihrer Tätigkeit. Braucht es in Zukunft überhaupt noch Heime, insbesondere wenn sich Ihre Vorstellung der Caring Community, der sorgenden Gesellschaft also, durchsetzen sollte?

In der Sozialraumorientierung liegt einer der Schlüssel dafür, dass das Soziale vor Ort geschieht – in den Dörfern und Quartieren: ob für Kinder, für Migranten, für Menschen mit Behinderung oder eben für verletzbare alten Menschen. Hier lebe ich, hier gehöre ich dazu, hier will ich auch sterben. Die Voraussetzungen für die gegenseitige Übernahme von Verantwortung, für gute Nachbarschaften, für tragfähige Strukturen der fachlichen Unterstützung und Hilfe werden vor Ort geschaffen und erhalten. Der Einzug in ein Heim erfolgt in aller Regel nicht aus medizinischen Gründen, sondern ist oft Folge «sozialer Netzwerkschwäche». Durch Management im Quartier, durch eine präventive, kommunale Teilhabe- und Pflegepolitik können viele «Heimunterbringungen» vermieden werden. Das Leitbild der sorgenden Gemeinschaften erinnert uns daran: Unsere individuelle Freiheit beruht darauf, dass wir auf verlässliche politische Rahmenbedingungen und stabile Formen gemein-

schaftsbezogenen Lebens setzen können. Aber dies zu gewährleisten wird nicht mehr alleine Sache der Familien im klassischen Sinne sein. Um ein gutes Leben auch dann führen zu können, wenn wir auf andere angewiesen sind, brauchen wir zusätzlich Nachbarschaften, Vereine, neue Lebens- und Wohnformen. Es besteht in der Bevölkerung ein grosses Interesse und viel Bereitschaft, dabei mitzutun. Man will in die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens investieren. Auch bei Migranten und Migrantinnen ist dieser Wille ausgeprägt. Heime wird es weiterhin brauchen. Aber als Teil einer sorgenden Gemeinde, die eine Vielfalt von Lebensformen auch im Alter ermöglicht und stützt – und nicht zu viel Aufmerksamkeit und Geld in Heime steckt. Gerade in der Schweiz besteht die Gefahr, dass Heime zur dominanten Versorgungsform im hohen Alter werden.

Sie plädieren für eine umfassende Verantwortung aller Gruppen und Generationen hinsichtlich der Altenpflege. Ist das mit unserer Mentalität «jeder ist für sich selbst verantwortlich» überhaupt vereinbar?

Nicht für eine «umfassende» Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger plädiere ich. Ich sehe den Staat in der Verantwortung, die Voraussetzungen für sorgende Gemeinden zu schaffen. Ich sehe die Verantwortung der Gemeinden darin, die Re-

>>



Wo sich Menschen aus der Nachbarschaft treffen, entstehen sorgende Gemeinschaften.

Foto: Maria Schmid

giefunktion in der Gestaltung des demografischen und sozialen Wandels wahrzunehmen. Ich sehe auch die Verantwortung der Professionellen aus Medizin, Pflege, Stadtplanung und sozialer Arbeit, ihr Wissen einzubringen und jeweils den «State of the Art» zu gewährleisten. Im Verständnis eines subsidiären Gesellschaftsmodells, das von der Freiheit und Verantwortung des Menschen ausgeht, bleiben wir als Angehörige, Freunde, Nachbarn, Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Verantwortung für das soziale Miteinander, für ein gutes Leben vor Ort, das sich auch in der Solidarität für die zeigt, die der Unterstützung bedürfen. Die Sorge, die anteilnehmende, vorausschauende Übernahme von Verantwortung für sich und die anderen ist durch gute Dienstleistungen, Transferleistungen und Qualitätssicherung des Staates niemals zu ersetzen, aber zu ermöglichen und zu komplementieren. Wir verwechseln gern Autarkie und Autonomie: Autarkie geht davon aus, dass wir alles allein können, den anderen nicht brauchen. Autonomie bezeichnet den roten Faden unseres Lebens, den wir für uns entfalten und vor Augen haben. Dazu gehört auch, die Lebensphasen zu integrieren, die durch Abhängigkeit von Hilfen anderer mitgeprägt sein können.

Wie stark soll der Staat überhaupt Einfluss nehmen oder Anreize schaffen?

Der Staat hat eine Verantwortung, die demografischen und sozialen Wandlungsprozesse zu flankieren und mitzugestalten. Er muss sich viel stärker als Initiant und Stütze von Innovationsprozessen bewähren, sowohl in der Technik als auch im Sozialen. Eine vorsorgende und sorgende Sozialpolitik ist gefragt, nicht allein eine verteilende reglementierende.

Sie sprechen in Ihrem Buch von «brauchbarer Illegalität» und spielen auf die osteuropäischen Pflegekräfte an, die meist bei schlechter Bezahlung die Pflege von Senioren in Privathaushalten übernehmen. Ist dies der richtige Weg, um älteren Menschen ein Leben in ihrer angestammten Umgebung zu ermöglichen?

Die transnationalen Haushaltshilfen wird es so oder anders weiter geben. Sie taugen aber nicht als politische Antwort auf den Pflegenotstand. Es scheint mir eine Voraussetzung für ihre Legalisierung zu sein, dass wir eine Willkommenskultur für Zuwanderer entwickeln. Aber davon sind sowohl Deutschland als auch die Schweiz noch etwas entfernt.

Der Ausländeranteil in der Schweiz beträgt heute über 23, in Deutschland 9 Prozent. Die Zuwanderer werden als Senioren die Schweiz und Deutschland nur zum Teil verlassen. Denn oft sind auch ihre Kinder hier ansässig.

Wie werden die Probleme gelöst, die diese Durchmischung von älteren Leuten mit Sorgensanspruch mit sich bringt? Weltoffenheit ist eine wichtige Tugend – gerade im Alter. Mit den Migranten teilen die Alten generell, dass sie zu den Fremden im eigenen Land werden können. Man muss sich auf das einlassen, was uns das Alter und die geschichtliche Entwick-

lung beschert. Wir kennen gute und schlechte Beispiele für ein neues Miteinander der ursprünglichen und migrantischen Bevölkerung: Im deutschen Gelsenkirchen werden neue wertschätzende und hilfreiche Nachbarschaften gestiftet, andernorts trauen sich die Alten nicht mehr auf die Strasse. Gerade hier ist eine Gemeindepolitik gefragt, die dem Inklusions- und Diversitätgedanken verpflichtet ist.

«Die Schweiz soll bei der Pflege nicht dem deutschen Modell einer radikalen Marköffnung folgen.»

Private Anbieter aus der Schweiz haben das Outsourcing der Alten nach Thailand oder an andere billigere Standorte entdeckt. Dort ist es möglich, mit der AHV-Rente ein besseres oder zumindest komfortableres Leben zu führen. Was halten Sie von dieser Alternative? Der Export der Pflegebedürftigen kann keine sozialpolitische Option sein, wenn es auch für

manche attraktiv erscheint.

Momentan ist in unserer Gesellschaft die «Nichts-ist-unmöglich»-Generation am Ruder. Erfolg haben ist alles, der Solidaritätsgedanke brennt auf kleinem Feuer.

Stimmt das wirklich? Es gibt sie, die Leute, die nichts für unmöglich halten. Sie beherrschen vielleicht die mediale Landschaft und die Werbung. Schauen wir aber die neuesten Ergebnisse der Jugend- und Gerontologieforschung an: Nicht individueller Erfolg und Aufstieg stehen bei ihnen ganz oben, vielmehr Werte wie Vertrauen und soziales Miteinander. Für andere bedeutsam sein, Anteil nehmen am Leben nachfolgender Generationen, etwas für andere tun können: Das sind die wichtigsten Lebensthemen. Viele Menschen sind in Sorge um die Sorgefähigkeit der Gesellschaft. Dies produktiv zu wenden, ist eine Aufgabe der Politik, vor allem vor Ort.

«Weiter so» geht nicht!» lautete im November 2012 das Motto einer Veranstaltung der Bertelsmann-Stiftung, die sich kritisch mit den Pflegeversicherungen in Deutschland beschäftigte. Wie weit trifft diese Feststellung auch auf die Schweiz zu, die ja nach anderen Versicherungsmodellen funktioniert?

Die Schweizer Versicherungsmodelle gelten vielfach als vorbildlich. Die AHV hat uns in Deutschland in punkto Rentenpolitik wichtige Orientierung gegeben. Nur eines garantieren auch solche Versicherungen nicht: Teilhabe von vulnerablen alten Menschen am Leben der Gesellschaft, an dem, was ihnen individuell elementar bedeutsam ist. Denn das ist eine kulturelle Aufgabe. Teilhabe an der Gesellschaft ohne Gemeinschaft geht nicht. Versicherungen können einen Mindeststandard an medizinischer Versorgung garantieren, ein Auskommen im Alter gewährleisten. Aber

schon bei der Pflege wird es schwierig. Wir lernen gerade schmerzlich, dass die deutsche Pflegeversicherung nicht nachhaltig konzipiert wurde. Sie gehört in die Hände der Gemeinden bei staatlicher Sockelfinanzierung. Also bitte nicht nachmachen! Auch die Schweiz wird trotzdem ein Problem mit den Fachkräften, mit der traditionellen Familienpflege bekommen. Gegen diese Herausforderungen gibt es keine Versicherung,

«Es besteht die Gefahr, dass Heime zur dominanten Versorgungsform im Alter werden.»

zumindest nicht Vollkasko. Die Zukunft liegt im intelligenten Mix aus professioneller, informeller, freiwilliger Hilfe – und Technik. Arrangiert vor Ort.

Sie schreiben, dass Demenz nicht in erster Linie eine medizinische, sondern eine kulturelle Herausforderung sei. Wie meinen Sie das?

Demenz ist keine Diagnose, der Ausdruck bezeichnet ein Syndrom – mit über 40 unterschiedlichen Varianten. Demenzen sind in der Regel nicht heilbar. Die Medizin kann nicht wirklich helfen. Es geht darum, mit Demenz leben zu lernen – als Betroffener und Angehöriger, als Nachbar, ja als ganze Gesellschaft. Wir können viel dazu beitragen, dass wir Menschen mit Demenz mit Respekt und Toleranz begegnen, dass ihre Würde erfahrbar wird. Eine Pathologisierung und Medikalisierung von Menschen mit Demenz ist weder lebensdienlich noch menschenfreundlich. Sie schafft Distanz, Fremdheit und mündet in Ausgrenzung. Wir müssen lernen, ihnen und anderen vulnerablen Menschen gegenüber eine neue Gastfreundschaft zu entfalten. Das Leitbild der Teilhabe hilft uns dabei weiter. Wir müssen lernen, ein Leben mit Demenz

zu akzeptieren und Menschen mit Demenz als unsere Mitbürger zu sehen.

Sie werden nächstes Jahr 60. In 26 Jahren sind Sie 85.

Denken Sie, unsere Gesellschaft sei intelligent und solidarisch genug, Ihnen ein würdiges Alter zu ermöglichen?

Ich hoffe – und bin hoffnungslos zuversichtlich. Wenn ich einmal der Unterstützung bedarf, wünsche ich mir die Souveränität, sie annehmen zu können, ohne meine Autonomie – den roten Faden meines Lebens – zu verlieren. Für gute Hilfe brauchen wir neben

kompetenten Profis und einem aktiven Staat auch aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich hinter das Leitbild einer sorgenden Gesellschaft stellen – und sie vor Ort mitgestalten. Zu ihnen möchte ich auch im Alter gehören. ●

«Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gesellschaft», Thomas Klie, 2014, Pattloch-Verlag München, 255 Seiten, Paperback, Fr. 29.90, ISBN 978-3-629-13041-9.

Anzeige



shp



Intelligente Vorsorgekonzepte

Wir bringen Leben in Ihre Vorsorge

Jetzt Pensionskasse wechseln und vom attraktiven SHP Wechselbonus* profitieren

Optimieren Sie Ihre berufliche Vorsorge. Als ausgewiesene Spezialisten für die Vorsorgebedürfnisse des Gesundheitswesens kennen wir Ihre Bedürfnisse ganz genau. Unsere professionelle Beratung verbunden mit ganzheitlicher Betrachtungsweise bietet Ihnen individuell auf Ihre Wünsche abgestimmte Vorsorgeprodukte zu einem sehr guten Preis-/Leistungsverhältnis.

*Neukunden erlassen wir im ersten Jahr die Verwaltungskosten von CHF 170 pro aktiv versicherte Person.

Pensionskasse SHP, Kronenplatz 1, 8953 Dietikon, Telefon 044 268 90 60, www.pkshp.ch